

Weiterführende Aussagen zu EUROPA/EU BTW 2025

SPD:

Wir werden unserer Verantwortung für Europa gerecht.

Die Erweiterungspolitik der EU ist ein Instrument von hoher transformativer Kraft und eine geopolitische Notwendigkeit. Wir haben sie neu belebt.

Wir setzen uns für eine zügige Aufnahme der westlichen Balkanstaaten ein.

Auch die Ukraine und Moldau sollen ein Teil der EU werden.

Darüber hinaus sind wir für einen Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

Wir stehen für eine handlungsfähige und wertebasierte EU.

Wir wollen unsere Allianzen stärken.

CDU/CSU:

Mehr Europa nur dort, wo Europa einen Mehrwert für alle schafft.

Deal für Wettbewerbsfähigkeit

Aktionsplan für weniger Bürokratie in Europa.

Mehr Chancen eröffnen.

EU nach innen und außen handlungsfähiger machen.

Subsidiarität konsequent beachten.

Rechtsstaatlichkeit in Europa wirksamer verteidigen.

Partnerschaften und Kooperationen mit Nachbarstaaten (*inkl. UK*)* stärken.

Grüne:

Die EU ist das erfolgreichste Friedensprojekt und Basis für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Sie ist die Antwort auf zwei Weltkriege und den Holocaust. Sie ist unsere Lebensversicherung für Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Aber der europäische Zusammenhalt ist bedroht: von außen durch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen unsere europäische Friedensordnung, von innen durch Extremist*innen und Populist*innen. Deshalb wollen wir die EU stärken. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen wir dafür besondere Verantwortung.

Mit dem Ziel einer starken, handlungsfähigeren EU möchten wir die laufende Legislatur zu einer Reformlegislatur machen. Dafür soll das Prinzip der Einstimmigkeit in allen Politikbereichen – auch in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden.

*Einschub des Verfassers

FDP:

...sind institutionelle Reformen der EU notwendig. Wir Freie Demokraten setzen uns insbesondere für eine Verkleinerung der Kommission, ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments sowie qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik ein.

Ebenso wollen wir die europäische Verteidigungsindustrie stärken, indem sie leichter Zugang zu Kapital erhält.

AFD:

Keine weiterführenden Aussagen, da Austritt gefordert

Linke:

Wir fordern, dass die EZB demokratisch vom Europäischen Parlament kontrolliert wird und nicht weiter dem Einfluss von Finanzlobbyist*innen unterliegt. Die Führungsgremien der EZB – wie EZB-Rat, EZB-Direktorium und EZB-Präsident*in – sollen vom Europäischen Parlament gewählt werden. Die grundlegenden und langfristigen Zielsetzungen der Geldpolitik sollen im Parlament diskutiert und entschieden werden.

Wir wollen eine soziale EU, die internationalem Ausgleich und dem Frieden verpflichtet ist, anstatt Löhne zu drücken und Blockkonfrontation und Standortkonkurrenz zu verschärfen. Wir wollen ein soziales und demokratisches Europa, das den Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen hilft. Eine Friedensunion, die Demokratie fördert und in globale Gerechtigkeit investiert statt in Konfrontation. Wir treten für Entspannungspolitik ein und wollen die Militarisierung Europas stoppen. Die soziale Kohäsion muss Priorität der EU-Politik werden, um die Lebensverhältnisse der Menschen in der gesamten Europäischen Union zu verbessern.

Wir wollen, dass das Europäische Parlament endlich das volle Initiativrecht bekommt und eigene Gesetzesvorschläge einbringen kann.

Friedensunion statt Festung Europa!

BSW:

Anmerkung des Verfassers:

Da es kein ‚Kapitel‘ EU/Europa gibt, habe ich keine Aussagen dazu gefunden.

Diese verbergen sich unter anderen Überschriften, wie z.B. die Forderung nach der Abschaffung des ‚Verbrennerverbots‘ unter ‚Wirtschaft‘

Für ein genaueres Lesen fehlt mir hier die Zeit und die Leidenschaft.
Anmerkung Ende

VOLT:

Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD)

Unabhängige Handelsstrategien

Reform der NATO

Europäische Eigenständigkeit

Nukleare Verteidigungsfähigkeit